Erscheint Mittwochs. Red.-Schluß Sonntag.

Vierteljahrs-Abonnement: 1.50 Goldmark.

Anzeigenpreis: 4 mm Nonpareillezeile (Nichtberufl. ausgeschl.) 1.40 Goldmark. Stellenanzeigen, Anzeigen die Hälfte.

Der Schuhmacher

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Weickert, Nürnberg. Fernspr.-Anschl. 408 Versandst. u. Redakt.: Nürnberg 1, Efenwerderstraße 1, 1 Zahlungen: Postscheckkonto: 20350 Expedition „Der Schuhmacher" Nbg.

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher

und Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Nummer 23 — Nürnberg, den 3. Juni 1925 — 39. Jahrgang

Die Gefahren der Hochschutzzollpolitik.

Professor Dr. W. Lotz veröffentlicht in der „Wirtschafts- und Exportzeitung" folgende recht instruktive Abhandlung:

„Beim Streit um die Neugestaltung der deutschen Zollpolitik wird nur selten die finanzielle Tragweite der handelspolitischen Maßregeln gründlicher berücksichtigt. In einem Land mit so schwieriger Finanzlage, wie es Deutschland gegenwärtig ist, wäre jedoch aller Anlaß gegeben, jeden Schritt der Politik auch unter dem Gesichtspunkt zu würdigen, wie die Finanzen des Reichs, der Länder und Gemeinden davon betroffen werden. Die verschiedensten Kreise der deutschen Bevölkerung klagen über unerträgliche Steuerlast, man fordert mit Recht eine Vereinfachung der später unübersehbar gewordenen Gesetze und Verordnungen über Steuern; man verlangt eine Milderung der drückenden Lasten. Andererseits werden an die Regierungen des Reichs, der Länder und der Gemeinden fortwährend neue Anforderungen gestellt. Schon die laufenden Ausgaben zu decken, wird immer schwieriger. Auf die Dauer kann man aber auch nicht den Fragen der Aufwertung der öffentlichen Schulden und der Erhöhung der Beamtengehälter aus dem Wege gehen. Wird nun eine Verwirklichung der jetzigen Pläne eines lückenlosen Schutzzolltarifs die deutschen Finanzen kräftigen oder schwächen? Dies muß schließlich sehr ausschlaggebend sein für die Wahl der künftigen Handelspolitik des Deutschen Reiches.

Die erste Vorstellung des Laien pflegt zu sein: Hohe Schutzzölle bringen viel Geld ein. Schutzzollpolitik bedeutet also eine Stärkung der Finanzen. Es ist gar nicht zu leugnen, daß es Umstände gibt, in denen diese Argumentation zutrifft. Wenn es sich darum handelt, in einem bisherigen Agrarland durch vorübergehenden Schutzzoll noch nicht entwickelte Industrien einzubürgern, so kann eine Zeitlang die Einnahme aus solchen Schutzzöllen sehr beträchtlich sein. Dies hat Deutschland in den ersten Jahrzehnten des Zollvereins erlebt, ebenso die Vereinigten Staaten von Amerika bis 1914.

Im heutigen Deutschland handelt es sich aber um etwas ganz anderes. Ein Erziehungszoll für eine schwache, noch unentwickelte Industrie kommt nicht in Betracht; unsere Industrien exportieren in die ganze Welt und werden als Wettbewerber von andern Ländern gefürchtet; sie sind nicht mehr zarte Pflänzchen, die in der ersten Jugendperiode Schutz vor älteren ausländischen Konkurrenzindustrien brauchten. Unsere Großindustrie will Schutz aus ganz andern Gründen: erstens um den deutschen Markt zu beherrschen und hier durch Kartelle höhere Preise als beim Export zu sichern, zweitens um unsern Unterhändlern für Handelsvertrags-Waffen in die Hand zu geben, damit wir im Austausch gegen deutsche Zollherabsetzungen Ermäßigungen ausländischer Zölle zugunsten unseres Exports durchsetzen. Politisch sind die Zollwünsche der Industrie in Deutschland nicht zu verwirklichen, ohne ein Bündnis mit den Landwirten, ebensowenig sind agrarische Zölle erreichbar ohne ein Bündnis mit den industriellen Schutzzöllnern. Unter heutigen Verhältnissen ist es eine Illusion, ein anderes Schutzzollsystem als das eines Solidaritätsschutzes in Deutschland politisch für möglich zu erachten.

Dies bedeutet finanziell: 1. Steigerung der Kosten der Lebenshaltung der deutschen Massen, soweit Lebensmittelzölle den Zweck erreichen, für landwirtschaftliche Artikel in Deutschland höhere Preise als auf dem Weltmarkt zu sichern. Dies heißt Verteuerung der Kosten der Arbeit gegenüber der ausländischen Konkurrenz und Mehrausgabe für höhere Beamtengehälter, höhere Baukosten für Länder und Gemeinden, überhaupt Belastung des Fiskus als Konsumenten.

2. Solidaritätsschutz bedeutet aber auch, daß unsere Zölle dem Fiskus weit weniger Einnahmen liefern, als die Belastung beträgt, die durch die Zollpolitik dem deutschen Volk auferlegt wird. Der Verbrauch an Roheisen in Deutschland wurde 1913 auf 18,5 Millionen Tonnen geschätzt; hiervon lieferte die Einfuhr weniger als eine halbe Million Tonnen. Die Zolleinnahmen von Roheisen und Brucheisen betrugen 1,3 Millionen Mark. Da aber das in Deutschland erzeugte Eisen dank der Cronsisation der Produzenten nicht wohlfeiler als zum Weltmarktpreis samt Zoll verkauft wurde, so betrug die wirkliche Belastung der deutschen Bevölkerung durch den Roheisenzoll ungefähr 185,9 Millionen Mark. Hiervon war die faktische Einnahme noch nicht 1 Prozent, alles übrige Zollnutzen für private begünstigte Unternehmer. Solidaritätsschutz bedeutet, daß wir neben den Reparationslasten, die uns schwer drücken, noch Lasten zugunsten heimischer Unternehmer uns auferlegen. Damit wird die Fähigkeit der deutschen Bevölkerung verringert, reichlicher solche Güter zu verbrauchen, deren Verteuerung durch Zölle unverkürzt der Reichskasse zufließt. Der Verbrauch an Kaffee, Kakao, Petroleum, Zucker pflegt nach den bisherigen deutschen Erfahrungen zu steigen bei Verbesserung der Kaufkraft der breiten Massen. Der Verbrauch dieser Artikel sinkt, wenn sich Brot und Fleisch verteuern. Wir verkürzen also bewußt den Zollertrag der Finanzzölle, um durch Schutzzölle Privatleuten Begünstigungen zuzuwenden. Wir wirken hin auf hohe Preise im deutschen Inland, nachdem wir eben durch Krediteinschränkungen und harte Steuerpolitik einen Preisabbau zu erzielen suchten, wir setzen uns in Widerspruch zu unserer bisherigen Politik und gefährden durch die neuen Schutzmaßnahmen unsere eben langsam sich erholende Finanzlage. Ein Trost für uns kann es sein, daß andere Nationen nicht klüger als wir handeln und sich uns gegenüber in Zollerhöhungen überbieten. Dem Zollerhöhungswahnsinn in der Welt wird auf die Dauer die Not der Finanzen auch bei andern Ländern Einhalt gebieten. Was wäre Deutschlands würdiger, als rechtzeitig die Zusammenhänge zwischen Politik und Finanzen in seinem Verhalten zu berücksichtigen?

Das unglückliche Argument aber würde sein: Deutschland bedürfe hoher Schutzzölle, um die Wirkungen seiner schweren Steuerlast im Wettbewerb mit dem Ausland auszugleichen. Nach solchem Rezept hat Frankreich in der Zeit von 1872 bis 1914 gehandelt. Die Wirkung war: Verlangsamung des wirtschaftlichen und technischen Fortschritts in Frankreich und Einschränkung der französischen Geburtenzahl. Werden wir aus den Fehlern unserer Gegner zu lernen wissen?"

Die Deutsche Heimarbeit-Ausstellung.

II.

Das Wesen der Heimarbeit wird hauptsächlich bestimmt durch die verschiedenen Ursachen und Gründe, die zur Heimarbeit führen. In allen Fällen, wo es sich nur darum handelt, etwas Hinzuzuverdienen, um etwas Taschengeld für Veranügungen zu bekommen oder um kleine Anschaffungen zu machen, wie es z. B. von Beamtenfrauen geschieht, sind die Verhältnisse dieser Heimarbeiterinnen natürlich ganz andere als in solchen Orten und Industriezweigen, wo die Heimarbeit typisch ist und als Hauptberuf gilt. Und es sieht nicht nur einzelne Orte sondern sogar ganze Bezirke in Deutschland, wo die Heimarbeit schon Jahrhunderte alt, wo sie typisch und vorherrschend ist und wo bereits ganze Generationen von Heimarbeitern in ihr aufgegangen sind.

Ein Gang durch die Ausstellung zeigte uns zunächst in der Vorhalle derselben eine Anzahl auf ausgearbeiteter graphischer Darstellungen vom sächsischen Wohlfahrtsministerium sowie von preußischen und andern Behörden, woraus die Ausbreitung der Heimarbeit in den verschiedenen Gegenden Deutschlands zu ersehen war. Auch bildliche Darstellungen über die richtige Durchführung des Hausarbeitsgesetzes waren vorhanden, die viel zur Aufklärung beitrugen. Auf Grund dieser graphischen Darstellungen ist die Heimarbeit in dem industriereichen Sachsen wohl am ältesten und auch am weitesten verbreitet. Es ist ganz eigentümlich und interessant, wie sich in einzelnen Orten und Bezirken ganz bestimmte Industriezweige schon seit langer Zeit festgesetzt haben. So werden z. B. Lederhandschuhe in der Heimarbeit fabriziert in Burgstädt i. S., Johanngeorgenstadt i. Erzgeb., Burg b. M. und in Arnstadt i. Th., die Textilindustrie ist im Vogtlande stark vertreten, in Aprolda sind die Strickwaren anzutreffen. In der Gegend von Klingenthal bis Markneukirchen im sächsischen Erzgebirge ist die Musikinstrumentenindustrie zu Hause, ebenso auch in Trossingen im Schwarzwald. Alle Instrumente von der Mundharmonika bis zur Baßgeige werden im Erzgebirge angefertigt. In Schönheide und Zobtnau werden Bürstenwaren angefertigt und in der Gegend von Kaltenordheim im Rhöngebirge werden Perlschnittteile geschnitzt und Perlschnitzereien geflochten. Für die Heimarbeit in der Metallindustrie kommen eine ganze Anzahl Orte in Frage. So werden z. B. in Velbert und Umgegend am Niederrhein Schlösser angefertigt und verschiedene Sorten Nägel, auch Schuhnägel geschmiedet. Solingen, Remscheid und Schmalkalden haben sich durch ihre Messer und Stahlwaren weltberühmt gemacht und in Suhl i. Th. ist die Schießwaffenindustrie von Alters her zuhause. Und wer hätte nicht schon die Talmi-Uhrketten, -Broschen und andere Gegenstände der Edelmetallindustrie aus Pforzheim, Hanau und Schwäbisch-Gmünd bewundert? Dann kommt vor allem Sonneberg i. Th. mit seiner Umgegend als Hauptstandort für die äußerst mannigfaltige Spielwarenindustrie in Betracht. In der Schuhindustrie und im Schuhmacherhandwerk ist Heimarbeit anzutreffen in Pirmasens und Umgegend, in Bayern an einigen Orten besonders in Oberfranken, in Neustadt in Oberschlesien und in Barmstedt in Holstein. Die Hausschuhindustrie hat vor allem in Frankfurt a. M. und Offenbach ihren Sitz und seine gewendete Damenschuhe (Ballschuhe) werden in Berlin und Dresden angefertigt. Auch die bessere Handarbeit in der Zigarrenindustrie besteht vielfach aus Heimarbeit. So hat sich in diesen Gegenden Deutschlands die Heimarbeit, die in den meisten Fällen vom Vater auf den Sohn übergeht und auch die sämtlichen Familienangehörigen bis zum kleinen Kinde in Anspruch nahm, entwickelt und hat es in verschiedenen Industriezweigen zu hoher Leistungsfähigkeit gebracht. Einzelne Arbeitsprodukte waren sogar konkurrenzlos.

Aus diesen handwerksmäßigen Anfängen ist in der Regel dann, beeinflußt durch überschüssige Arbeitskräfte, die Industrie entstanden. Die Gründung von Fabriken wurde gewöhnlich dort vorgenommen, wo genügend geschulte Arbeitskräfte des betreffenden Industriezweiges vorhanden waren. Die Industrie zog somit daraus den Nutzen. Allerdings wird mit dem Fortschreiten der Technik auch die Heimarbeit immer mehr verschwinden. Und das ist gut. Wenn man bedenkt, daß z. B. in der Zigarettenfabrikation die geübteste Heimarbeiterin es auf 125 Stück pro Stunde bringt, während eine Zigarettenmaschine 45.000 Stück und eine solche neuester Konstruktion sogar 60.000 Stück pro Stunde liefert, so wäre die Heimarbeit in dieser Branche als eine lächerliche Rückständigkeit zu bezeichnen und wird natürlich so schnell als möglich verschwinden. In der Spielwarenindustrie dagegen, — einem der traurigsten Kapitel des Heimarbeiterelends — wird sich die Heimarbeit aus verschiedenen Gründen voraussichtlich noch längere Zeit erhalten.

Im allgemeinen war die Heimarbeit-Ausstellung sehr gut arrangiert und der „Gesellschaft für soziale Reform", die auf sozialreformatorischem Gebiete schon manches Gute geleistet und die auch wieder diese Ausstellung veranstaltet hat, gebührt dafür Dank und Anerkennung. Aber auch die großen Organisationen, insbesondere die freien Gewerkschaften haben keine Mühe und Kosten gescheut, um das Zustandekommen der Heimarbeit-Ausstellung zu ermöglichen. Von den freien Gewerkschaften hatten ausgestellt die Verbände der Bekleidungs-, Textil-, Holz-, Metall- und Fabrikarbeiter, ferner der Schuhmacher, Sattler, Buchbinder und der Leder-, Glas- und Tabakarbeiter. Die Ausstellung selbst war in zweckentsprechender Weise nach Berufsgruppen geordnet und in Bekleidungs-, Textil-, Holz- und Metallarbeiter, sowie der Schuhmacher, der Leder-, Papier- und Tabakarbeiter hatten in mehr oder weniger umfangreichen Broschüren, jedoch in übersichtlicher und interessanter Weise über die Bedeutung der Heimarbeit in ihrem Berufe und über die ausgestellten Gegenstände berichtet.

Neuerst reichhaltig war die Ausstellung der Bekleidungsarbeiter. Es waren ausgestellt die einfachste Arbeitskleidung, Liveeen, Uniformen sowie Anzüge bis zur feinsten Maßarbeit, ferner Schürzen, Krawatten und Wäscheartikel aller Art vom gewöhnlichsten Arbeitshemd bis zum seidenen Luxushemd. Die Heimarbeit in der Wäschefektion dürfte wohl in vielen Großstädten zu finden sein. Die Löhne sind durch den Bekleidungsarbeiterverband tariflich geregelt, sie sind jedoch sehr verschieden und steigen bei den feinen Maßarbeit bis zu 1 ℳ pro Stunde. Für verschiedene Konfektionsartikel konnten jedoch noch äußerst niedrige Löhne festgestellt werden.

Ebenso reichhaltig an Gegenständen war auch der Textilarbeiterverband vertreten. Spitzen und Bänder, Häkeleien, Stickereien, Teppiche, Decken, Kissen, Handschuhe und Strümpfe, kurz eine Unmenge von Gegenständen war hier zu sehen. Obwohl auch hier die Löhne vielfach tariflich geregelt sind, sind sie zum Teil noch äußerst niedrig und werden dazu vom Unternehmer noch nicht einmal in allen Fällen bezahlt. In der Perlstickerei sind Stundenlöhne von 16 ₰ für eine geübte Stickerin keine Seltenheit, in der Spitzenklöppelei gehen sie bis auf 5 ₰ pro Stunde herunter. Geradezu fabelhaft klingt es, wenn man hört, daß z. B. in der Knopffabrikation zur Herstellung von einem Gros Knöpfe (das Gros zu 150 Stück gerechnet) Zehntausende von Handgriffen nötig sind, und nur wenige Pfennige dafür bezahlt werden.

In der Metallindustrie sowie auch in der Holzindustrie werden in der Heimarbeit eine Unmenge von Gegenständen hergestellt, was man nicht für möglich halten sollte. Messer und Scheren, Uhren, Waffen, Hosenschnallen, handgeschmiedete Nägel und alles mögliche ist vertreten. In der Holzindustrie nimmt die Korbflechterei einen breiten Raum ein. Außerdem ist vertreten die Bürsten- und Pinselfabrikation, der Musikinstrumentenbau, die Drechslerei und Beinschnitzerei, die unter anderem auch sehr kunstvolle Produkte liefert. Gegenstände aus Lindenholz geschnitzt, die dem flüchtigen Beschauer als Beinschnitzerei erscheinen können, sind äußerst kunstvoll angefertigt und zeugen von der traditionellen Kunst der Oberammergauer Holzschnitzer. Die Löhne sind in diesen Industriezweigen wohl auch vielfach tariflich geregelt, sind aber mit Ausnahme der Oberammergauer meistens sehr niedrig.

Die Spielwarenindustrie ist ein Kapitel für sich. Was auf diesem Gebiete alles geboten, läßt sich mit wenigen Worten nicht schildern. Neben vielem gewöhnlichen Kram werden aber auch eine große Anzahl schöner und gediegener Sachen ausgeführt. Diese Industrie hat mit die niedrigsten Löhne und die meiste Kinderarbeit aufzuweisen. Kein Wunder, daß hieran die Schulkinder mit ihren Lehrern ein großes Interesse fanden und besonders in dieser Abteilung verweilten.

Ueber die Heimarbeit in der Schuhindustrie und im Schuhmacherhandwerk haben wir in unserer Broschüre über die Heimarbeit-Ausstellung als auch im „Schuhmacher" eingehend berichtet. Auch der Zentralverband christlicher Lederarbeiter hatte aus Pirmasens, aus Neustadt i. Oberschl. und vom Niederrhein einige Gegenstände ausgestellt, aber alle in fertigem Zustande. Es fiel uns dabei auf, daß z. B. bei zwei Paar schlichtenen Herren-Jagdschnürstiefeln, holzgenagelt, breit abgestuppt und kalt ausgepaßt, im übrigen aber der ganze Boden mit der Hand hergestellt, bei dem einen Paar eine Arbeitszeit von vier Stunden, bei dem andern Paar gar nur von 3¾ Stunden angegeben war. Diese Angaben können nicht richtig sein, denn es erscheint uns unmöglich, derartige Stiefel in dieser kurzen Zeit herzustellen.

Der Lederarbeiterverband zeigte interessante Arbeiten aus der Portefeuille-Industrie, Brief-, Geld- und Damentaschen, sowie Lederhausschuhe, sogar Bogenhandschuhe. Die Löhne sind auch hier vielfach tariflich geregelt.

Aus der Papier- und Pappverarbeitungsbranche hatte der Buchbinderverband eine große Anzahl von Gegenständen, wie Kartonagenarbeiten, Pappschachteln, künstliche Blumen, papierne Schergartikel, Malerbürsten und Pinsel ausgestellt, die von einem großen Elend in dieser Branche Zeugnis ablegten. Die Stundenlöhne gingen hier bis auf 2½ ₰ herunter. Mit dieser Art Heimindustrie wird der technische Fortschritt bald aufräumen, denn in der Herstellung von Papierdüten leistet z. B. eine Maschine das fünfzigfache einer geübten Arbeiterin.

Vom Tabakarbeiterverband waren auch eine Anzahl Erzeugnisse aus der Tabakindustrie ausgestellt, vor allem Qualitätszigarren, die durch Handarbeit hergestellt werden. Durch zahlreiche photographische Aufnahmen waren hier die Heimarbeiterwohnungen dargestellt, die den krassen Unterschied zeigten, der zwischen den elenden Arbeitsräumen der Heimarbeiter und den großen luftigen und sauberen Arbeitsräumen in den Fabriken besteht.

In der Glasindustrie werden neben vielem Christbaumschmuck aber auch viele kunstvolle Gegenstände in der Heimarbeit hergestellt. Künstliche Augen, Puppen-, Tier- und Menschenaugen, aber auch äußerst kunstvoll gearbeitete Instrumente für chemische, pharmazeutische und medizinische Zwecke, die von hoher Qualitätsarbeit zeugen.

Alles in allem genommen, war die letzte Heimarbeit-Ausstellung sehr interessant und stellte eine große Leistung dar, sie bot aber auch dem aufmerksamen Besucher einen sehr wirksamen Anschauungsunterricht. Die freien Gewerkschaften hatten ihre Ausstellungsgegenstände vielfach in angefangenem oder halbfertigem und auch ganzfertigem Zustande ausgestellt, so daß der ganze Arbeitsvorgang an dem betreffenden Gegenstand deutlich zu ersehen war. Und das war notwendig und wichtig.

Nun zu den 4 Haupt- und Grundübeln, die das Charakteristikum der Heimarbeit bilden: Die schlechten Löhne, die übermäßig lange Arbeitszeit, die ausgedehnte Kinderarbeit und das Wohnungselend.

Direkt auffällig war der gewaltige Unterschied in den Löhnen, die von 2½ ₰ bis 1 ℳ herausfiegen. Zweifellos sind in den letzten 20 Jahren durch die mühevolle und zähe Tätigkeit der Gewerkschaften die Löhne der Heimarbeiter ganz bedeutend erhöht worden. Es mußte dem Besucher der Ausstellung ohne weiteres in die Augen fallen, daß in all den Fällen, wo die Heimarbeiter organisiert sind und daher von den Gewerkschaften erfaßt waren und ihre Löhne tariflich geregelt werden konnten, diese Löhne um das Vielfache höher waren als dort, wo eine sogenannte wilde, unorganisierte Heimarbeit in Frage kommt, wo der Willkür der Unternehmer Tür und Tor geöffnet ist. Aber trotz aller tariflichen Regelung durch die Gewerkschaften waren auch diese Löhne vielfach noch sehr niedrig, denn die Stundenlöhne über 40 ₰ hinaus bis zu 1 ℳ waren äußerst selten. Sehr zahlreich waren dagegen die sogenannten Zammerlöhne von 25 ₰ bis zu 20 ₰. Für sämtliche ausgestellten Gegenstände dürfte der Durchschnittslohn etwa 20 bis 30 ₰ betragen.

Diese allgemein niedrigen Löhne in der Heimarbeit sind natürlich die Hauptursache der übermäßig langen Arbeitszeit, denn Arbeitszeiten bis zu 16 Stunden pro Tag sind keine Seltenheit. Daß bei einer solchen Arbeitszeit Körper und Geist verkümmern muß, liegt auf der Hand.

Ein besonders furchtbares Kapitel des Heimarbeiterelends ist die in der Heimarbeit herrschende ausgedehnte Kinderarbeit. Wenn Kinder vom zartesten Kindesalter an bei solch ausgedehnter Arbeitszeit mit Industriearbeit beschäftigt werden, so kann von einer gesunden körperlichen und geistigen Entwicklung keine Rede sein. Ein eisenstisches Seelenleben eines solchen Kindes ist gar nicht vorhanden. Das sind furchtbare Zustände, die unbedingt beseitigt werden müssen. Die Kinder gehören in die Schule und auf den Spielplatz, sie dürfen nicht mit Industriearbeit beschäftigt werden. Das ist unser Standpunkt, den wir vertreten müssen. Auch die Frauenarbeit in der Heimarbeit hat keinerlei sozialen Schutz aufzuweisen.

Das Wohnungselend der Heimarbeiter ist ebenfalls ein großer Mißstand und ziemlich bekannt. In der Ausstellung waren zahlreiche Bilder aufgehängt, die in die Wohnungsverhältnisse einen tiefen Einblick gewährten. Man konnte hier sehen, wie diese Heim-

arbeiterfamilien, die in der Regel mit zahlreichen Kindern gesegnet sind, in einer Stube zusammen arbeiten, die gleichzeitig als Arbeitsraum, als Wohnraum, als Schlafraum und, besonders im Winter, womöglich noch als Küche dient. Krankheiten und Siechtum werden hier Einzug halten, eine gesunde Entwicklung ist in solchen Räumen unmöglich.

Wie sollen nun diese Zustände beseitigt werden? Was ist hier zu tun? Vor allem ist ein wirksamer Heimarbeiterschutz zu fordern, denn die bis jetzt getroffenen gesetzgeberischen Maßnahmen, das Hausarbeitsgesetz vom Jahre 1911 und auch das Heimarbeiterlohngesetz vom Juni 1923 mit seinen Fachausschüssen, die die Löhne der Heimarbeiter regeln sollen, haben sich als völlig unzulänglich und wirkungslos erwiesen. Da, wo die Scharen von Heimarbeitern und -Arbeiterinnen gewerkschaftlich nicht organisiert sind, stehen diese Gesetze überhaupt nur auf dem Papier und haben keinerlei Bedeutung. Denn kein Mensch bekümmert sich darum. In vielen Fällen werden die tariflich vereinbarten Löhne von den Unternehmern nicht einmal bezahlt und es gibt keinerlei gesetzliche Handhabe, um diese Unternehmer zur Bezahlung dieser Löhne zu zwingen. Darum muß in den gesetzgeberischen Maßnahmen der Einfluß und die Macht der Gewerkschaften gestärkt werden, damit diese auch richtig wirken können.

Aber die einzige wirksame Hilfe für die Heimarbeiter scheint die Selbsthilfe zu sein durch ihre gewerkschaftliche Organisation. Den Organisationsgedanken unter den Heimarbeitern unablässig zu verbreiten, das scheint die einzige große Lehre zu sein, die uns diese Heimarbeiter-Ausstellung bietet. Denn stärker als alle gesetzlichen Maßnahmen hat sich immer noch die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch die Gewerkschaften erwiesen. Mögen die zahlreichen Heimarbeiter und -Arbeiterinnen diese eindringliche Lehre beherzigen und sich restlos ihrer Berufsorganisation anschließen, damit sie aus ihren unwürdigen Berufsmissen befreit werden können. Aber auch unsere organisierten Kollegen und Kolleginnen müssen an dieser Kulturarbeit eifrig mithelfen.

G. B.

Das Schicksal der Arbeitsgerichte.

Der Reichskanzler Luther hat bei seinem Amtsantritt in der Programmrede vor dem Reichstag einen Gesetzentwurf über Arbeitsgerichte als unmittelbar bevorstehend angekündigt. Damit ist **der Entscheidungskampf über die Aufgabenkatalog der Arbeitsgerichte** eingeleitet worden. Es ist daher notwendig, noch einmal mit aller Eindringlichkeit auf die außerordentliche Bedeutung hinzuweisen, die gerade die Frage der Arbeitsgerichte für die Arbeiterschaft hat.

Auf keinem anderen Rechtsgebiet fällt der Rechtsprechung eine so wichtige Rolle zu wie im Arbeitsrecht. Das Arbeitsrecht ist eine sehr junge Schöpfung und darum noch unvollkommen. Während und nach der Revolution ist eine große Zahl arbeitsrechtlicher Gesetze geschaffen worden, aber unter dem Drang der Verhältnisse war es nicht immer möglich, diese Gesetze so eingehend und gründlich vorzubereiten, wie es sonst üblich ist. Die sind daher lückenhaft und bilden gewissermaßen nur einen Rohbau, dessen Lücken und Einzelheiten nun erst die Rechtsprechung ausfüllen muß.

Wenn der Richter eines ordentlichen Gerichts über einen gewöhnlichen Streitfall des bürgerlichen Rechts zu entscheiden hat, so schlägt er das Bürgerliche Gesetzbuch oder sonstige Gesetzbücher auf und findet dort, wie er im vorliegenden Fall zu entscheiden hat. Er findet also das Recht für den einzelnen Fall, indem er einen bestimmten Paragraphen sinngemäß anwendet. Sehr erheblich anders ist nun aber die Stellung eines Richters, der über einen arbeitsrechtlichen Fall entscheiden soll. Wenn er die arbeitsrechtlichen Gesetze aufschlägt, so wird er in der Mehrzahl der Fälle keinen Paragraphen finden, den er unmittelbar auf den vorliegenden Fall anwenden kann. Was soll er nun tun? Da er nicht schon geschaffenes Recht einfach anwenden kann, so bleibt ihm gar nichts anderes übrig, als gewissermaßen selbst Recht zu schaffen, indem er durch freie Konstruktion die Lücken im Gesetz ausfüllt. So

wird im Arbeitsrecht auf dem Wege der Rechtsprechung fortlaufend neues Recht geschaffen.

Auf eine wichtige Entscheidung des einen Gerichts stützt sich nun wieder ein anderes und so fort. Auf diese Weise entsteht ein Netz von Gerichtsentscheidungen im Arbeitsrecht, das eine Art Gesetzgebung neben den eigentlichen Gesetzen darstellt.

In der Tatsache, daß die Rechtsprechung im Arbeitsrecht nicht nur rechtsanwendend, sondern im hohen Maße auch rechtsschöpferisch wirken muß, liegt der Vorzug und die Gefahr der jetzigen Gestaltung des Arbeitsrechts. Der Vorzug besteht darin, daß das Arbeitsrecht die Elastizität und Beweglichkeit besitzt, den Erfordernissen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens unmittelbar angepaßt zu werden. Aber zugleich besteht die Gefahr, daß diese Elastizität ausgenutzt wird und daß durch die Rechtsprechung und Rechtskonstruktion der ursprüngliche Wille des Gesetzgebers gefälscht wird. Auf diese Weise könnte schließlich ein Gebilde entstehen, das nicht dem einheitlichen Arbeitsrecht entsprechen würde, das die Schöpfer der Reichsverfassung im § 157 gewollt haben.

Darum ist es von entscheidender Bedeutung für die Arbeiter, in wessen Händen diese Rechtsprechung liegt. Und da hat die Arbeiterschaft nun eine Erfahrung gemacht, die ihre Stellungnahme zur Frage der Arbeitsgerichte grundlegend bestimmt — die Erfahrung nämlich, daß die ordentlichen Gerichte nicht die geeigneten Träger dieser Rechtsprechung sind. Dieses Versagen der Richter unserer ordentlichen Gerichte hat seine guten Gründe. Nur der Richter kann im Arbeitsrecht auf sinnvolle Weise Recht sprechen, der sich von zwei Maximen leiten läßt. Er muß zuerst und vor allem sich in den Geist des Gesetzes und den Willen des Gesetzgebers einfühlen und aus diesem Geist heraus die vorhandenen Lücken im Gesetz ausfüllen. Nun ist aber das neue Arbeitsrecht ein Kind der Revolution und atmet den Geist derjenigen, die Träger der Revolution waren. Es ist wohl kaum notwendig, im einzelnen zu schildern, wie die Mehrzahl der Richter unserer ordentlichen Gerichte zur Revolution eingestellt ist. Das Schlagwort „von den Novemberverbrechern" ist auch unter einem beträchtlichen Teil dieser Richter zu Hause. Wie sollen sie sich also in den Geist des durch die Revolution geschaffenen Arbeitsrechts einfühlen? Außerdem haben sie aber auch eine Schulung genossen, die sich fast ausschließlich in individual-rechtlichen Begriffen bewegt. Das neue Arbeitsrecht aber baut sich auf dem Kollektivismus auf. Darum kann man ihm mit individual-rechtlichen Begriffen niemals gerecht werden, und wenn diese in das Arbeitsrecht hineingetragen würden, so würde damit jede gesunde Weiterentwicklung des Arbeitsrechts unterbunden werden.

Die zweite Richtlinie, von der sich jeder Richter im Arbeitsrecht leiten lassen muß, ist die Frage: Welche Entscheidung wird den Erfordernissen des praktischen sozialen Lebens am ehesten gerecht? Auch in dieser Hinsicht versagt die Mehrzahl unserer ordentlichen Richter, weil sie von den Erfordernissen des modernen sozialen Lebens herzlich wenig wissen. Das ist eine Tatsache, die so allgemein bekannt ist, daß sie auch im bürgerlichen Lager kaum bestritten werden kann.

Wenn man uns sagt, daß die Richter durch die Häufung von arbeitsrechtlichen Streitigkeiten bei den ordentlichen Gerichten die schlende Verbindung mit dem modernen sozialen Leben erhalten werden und daß sie auf diese Weise auch in den kollektiv-rechtlichen Geist des Arbeitsrechtes hineinwachsen können, so erklären wir dem gegenüber, daß wir wirklich nicht die Zeit haben, auf einen solchen Wandlungsprozeß zu warten, der 10 Jahre und mehr in Anspruch nehmen würde. Wir haben keine Lust, uns den sinnlosen Paragraphen- und Buchstabengeist, der vielfach bei den ordentlichen Gerichten herrscht, das schleppende langsame Gerichtsverfahren, ins Arbeitsrecht tragen zu lassen und wir verlangen Richter, die um die Erfordernisse des modernen sozialen Lebens wissen.

Darum fordern wir, daß die Arbeitsgerichte völlig getrennt von den ordentlichen Gerichten aufgebaut werden.

Das ist nämlich die Streitfrage, um die es geht: Sollen die Arbeitsgerichte als Nachfolger der bestehenden Gewerbe- und Kaufmannsgerichte völlig getrennt von den ordentlichen Gerichten errichtet werden, oder sollen sie den ordentlichen Gerichten angegliedert oder gar eingegliedert werden?

Der erste Entwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes, der im Arbeitsausschuß für ein einheitliches Arbeitsrecht entstanden war, sah die von uns geforderten Sondergerichte vor. Der folgende sogenannte Referentenentwurf wollte die Angliederung an die ordentlichen Gerichte. Man mußte nicht den Charakter unserer jetzigen Regierung kennen, um nicht zu befürchten, daß der im Ausschuß gefällte neue Entwurf die Eingliederung in die ordentlichen Gerichte bringen wird.

Augenblicklich haben wir ein solches Durcheinander von Rechtsprechungsinstanzen im Arbeitsrecht, daß sich kaum noch der Fachmann darin zurechtfinden kann. Daß damit gründlich aufgeräumt werden muß, darüber sind sich alle Parteien klar. Ein erster bedeutsamer Schritt auf diesem Wege war die neue Verordnung über das Schlichtungswesen vom 30. Oktober 1923. Sie hat vorläufige Arbeitsgerichte in Gestalt von Arbeitsgerichtskammern bei den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten oder, soweit letztere nicht bestehen, bei den Schlichtungsausschüssen gebracht. Aber diesen vorläufigen Arbeitsgerichten ist nur eine beschränkte Zahl von Arbeitsstreitigkeiten zugewiesen worden. Die alten Instanzen (Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, sogar Innungsschiedsgerichte und ordentliche Gerichte) sind daneben bestehen geblieben, so daß die Unübersichtlichkeit keineswegs beseitigt worden ist.

Trotzdem weist die Verordnung auf **das allein richtigen Weg** für den Aufbau der Arbeitsgerichte, indem sie die vorläufigen Arbeitsgerichte den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten eingegliedert hat. Auf diesem Wege muß weitergegangen werden, indem die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte zu unabhängigen Arbeitsgerichten ausgebaut werden, die für alle Arbeitsstreitigkeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern zuständig sind. Nur auf diesem Wege kann eine gesunde Fortentwicklung des Arbeitsrechts gesichert werden.

Neben einem besonderen einheitlichen Gesetzbuch der Arbeit müssen besondere einheitliche Arbeitsgerichte geschaffen werden.

Nach den besonderen Bedingungen, die vorliegen, haben die Angestellten und Arbeiter einen moralischen Anspruch auf eine Gerichtsbarkeit, die nicht nur schnell arbeitet, die vielmehr auch für das Wesen des Arbeitsverhältnisses ein Verständnis hat.

Was geht bei den christlichen Gewerkschaften vor?

D. L.-B. Es ist bekannt, daß in den christlichen Gewerkschaften starke Meinungsverschiedenheiten über die Einstellung zum Unternehmertum bestehen. Es genügt, den Namen Stegerwald zu nennen, es genügt ferner, auf den Zentralverband der Landarbeiter hinzuweisen, dessen Führung aus deutschnationalen Reichs- und Landtagsabgeordneten besteht. Der Vorsitzende dieses Verbandes, der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Franz Behrens, hat wiederholt zu großen Wirtschaftsfragen eine Stellung eingenommen, die in den christlichen Gewerkschaftskreisen mit immer stärkeren Bedenken betrachtet wird.

Diese Bedenken sind verständlich, wenn man feststellt, was Behrens am 12. März dieses Jahres in einer Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichslandbundes gesagt hat. An der Sitzung nahmen außer den Vertretern des Reichslandbundes unter anderem teil: Vertreter des Reichsarbeitgeberverbandes, Vertreter des gelben Landarbeiterverbandes (Wolf, Giese), die Vertreter des christlichen Zentralverbandes der Landarbeiter: Behrens, Meyer, Gatermann, Dr. Jäger, Oberdossel, Butscher. Gegenstand der Beratungen war unmittelbar ein Vortrag des Professors Dunkmann über Soziologie.

Professor Dunkmann, der Leiter des Instituts für angewandte Soziologie in Berlin ist, versuchte in längeren Ausführungen den Marxismus zu widerlegen. Nach dem uns vorliegenden Bericht machte dann Behrens folgende Ausführungen:

„Behrens betont, daß die Ausführungen Prof. Dunkmanns die theoretische Grundlage abgeben für das, was die christlich-nationale Arbeiterbewegung gefühlsmäßig erstrebe. Der Marxismus hätte wohl das wirtschaftliche Leben und den Staat zerstören können, nicht aber das Familienleben. Die notwendige Konsequenz aus ihrer marxistischen Theorie für sich in der Praxis zu ziehen und ihr eigenes Familienleben aufzulösen, hätten auch die Führer der Sozialdemokratie, trotzdem sie in ihren Schriften diese Folgerung gezogen hätten, abgelehnt. Die christlich organisierte Arbeiterschaft sei mit in den Revolutionsstrudel gezogen worden. Der erste Schritt, sie wieder herauszuziehen, sei auf dem Essener Kongreß erfolgt: ein zweiter, bedeutungsvollerer Schritt, der ein noch stärkeres Herumlegen des Steuers bedeute, stünde unmittelbar bevor."

Die Gewerkschaften interessieren besonders die letzten Sätze. Was bedeutet der letzte Satz von dem „noch stärkeren Herumlegen des Steuers"? Soll dieser Satz sagen, daß die Leute um Behrens, Stegerwald usw. die christlichen Gewerkschaften noch weiter als bisher schon der Ideologie des Unternehmertums zuführen wollen? Soll im besonderen damit angedeutet werden, daß die politische Gemeinschaftsarbeit der Behrens, Meyer mit ihren deutschnationalen Fraktionskollegen Wolf und Giese von den gelben Verbänden demnächst auch zu einer organisatorischen Gemeinschaft christlicher und gelber Verbände führen wird?

Diese Tatsachen erregen selbst in christlichen Gewerkschaftskreisen, die noch Mert darauf legen, als wirtschaftliche Arbeitnehmerorganisationen zu gelten, das größte Mißtrauen. Setzen die Leute um Behrens ihr arbeiterschädigendes Treiben fort, dann ist damit zu rechnen, daß es zu einem Bruch in der christlichen Gewerkschaftsbewegung kommt.

Zur Redensart: „Lohnerhöhungen führen zu neuer Inflation".

Die Unternehmerpresse bekämpft Lohnforderungen nicht selten mit dem Argument, daß diese die Neuausgabe von Banknoten (in Deutschland in Höhe von vielleicht einer halben Billiarde Mark) notwendig machen würden. Dies hieße aber entweder Inflation und damit die Verschlechterung der Währung bzw. Geldentwertung herbeiführen, oder aber man müßte zur Verhinderung der Inflation umfangreiche Krediteinschränkungen mit Unterbindung der Produktion durchführen. Mit diesem Urteil, das in der letzten Zeit in der „Deutschen Börsenzeitung" ausgesprochen wurde, kommt die Zeitschrift „Magazin der Wirtschaft" gründlich auf. Es wird dort richtig ausgeführt, daß die einzige Veränderung, die in den Geldverhältnissen durch Lohnerhöhungen erfolgen würde, darin besteht, daß die Einkommen, die sonst Unternehmern oder Kapitalisten zufließen, der Arbeiterschaft zugute kommen würden. Ein Mißverhältnis zwischen Geldmenge und Gütermenge (das erst zur Geldentwertung führen könnte) würde aber keineswegs entstehen. Die Notenbank müßte erstmalig einige hundert Millionen Bargeld der Wirtschaft zur Lohnzahlung zur Verfügung stellen. Auf der andern Seite würde aber in diesem Falle ein ebenso hoher Betrag an Bank- und Verrechnungsgeld, der sonst den Unternehmern und Kapitalisten zu ihrem Verbrauch oder zur Beschaffung von Kapitalgütern zur Verfügung steht, verschwinden. „Man lasse sich also," schreibt die erwähnte sachkundige Zeitschrift, „bei der Frage der Lohnerhöhungen nicht vom Gespenst der Inflation schrecken."

Wie Zölle entstehen!

Darüber bringt das „Berliner Tageblatt" einige Beispiele aus den Zollverhandlungen des Reichswirtschaftsrates, bei denen die „Sachverständigen" vernommen werden. Es zeigt sich dabei, daß viele Industrielle sich so stark vom Zollsturm leiten lassen, daß sie die Logik ganz vergessen und in offene Widersprüche geraten: da steht man, daß „Interessenten" und „Sachverständige" doch nicht ein und dasselbe ist.

Beispiel 1. Die Industrie für gewöhnliche Haushaltsbürsten und Besen verlangt einen Zollsatz, der vier- bis fünfmal so hoch sein soll als bisher. Die Vertreter der Regierung sind ob erstaunt und verlangen eine Begründung. Der „Sachverständige" Fabrikant legt darauf eine Bürste vor, die aus der Tschechoslowakei nach Deutschland massenhaft zu 3 ℳ das Zweiundzwanzigstück wird, während sich die deutschen Gestehungskosten auf 4 ℳ belaufen. Der Preisunterschied rührt daher, so bekundet der „Sachverständige", daß das Holz und die Löhne in Böhmen viel billiger seien als bei uns. Auf eine Anfrage mußte aber der Industrielle erklären, daß die Kalkulation sich folgendermaßen zusammensetze: Die Borstenbürste für die Bürste kommt Bürste: koste allein 2.80 ℳ, hierzu komme 1.20 ℳ für Mississippidraht, Holz, Lohn. Nun kommt aber die Wurzelfaser aus Amerika, muß also von den Tschechoslowaken ebenso hoch bezahlt werden wie von den Deutschen; und sie macht allein fast den ganzen böhmischen Preis aus? Es muß also etwas nicht stimmen . . .

Beispiel 2: Von einem anderen Sachverständigen wird ein Besen gezeigt, der aus Italien und Elsaß eingeführt, unerhört nur so viel kostet, wie das unverarbeitete Reisstroh! Reisstroh wächst weder in Italien noch im Elsaß, wird auch dort von anderwärts eingeführt, muß also doch genau so viel kosten, wie in Deutschland. Es stimmt also wieder etwas nicht!

Tau möchten wir etwas bemerken, was das „Berliner Tageblatt" nicht sagt: Diese Beispiele seien, was für ein großes Feld für die prüfende, kontrollierende Mitarbeit der Arbeiterschaft vorhanden ist. Der Unsinn, den die Unternehmer so oft den unerfahrenen, außenstehenden Beamten, den sie der Regierung vorbringen, um ihre Sondervorwürfe zu erfüllen, wäre nicht möglich, wenn die bemessenen Industrieziweig ausschließen Arbeitnehmer ernst und tätig eingreifen würden. Das Betriebsrätewesen und der paritätische Aufbau des Reichswirtschaftsrates sollten — so meinte man vor etwa vier Jahren — der Arbeiterschaft diese Aufgabe ermöglichen. Darum wird sie nicht erfüllt? Vieles liegt an den Organisations- und Gesetzesmängeln, aber vieles an den Arbeitern selbst.

Die deutschen Konsumgenossenschaften im Jahre 1924.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine hat, um nach der Zeit der Inflation, die alle Statistik wertlos machte, wieder einen Ueberblick über den Stand der Bewegung zu gewinnen, Vierteljahrsstatistiken aufgenommen, von denen alle Vereine erfaßt wurden, die mehr als 400 Mitglieder zählen. Diesen Vereinen gehören rund 3,400,000 Mitglieder an, während in den kleineren, die fast ein Drittel der Gesamtzahl ausmachen, nur rund 58,000 Mitglieder vereinigt sind. Die durch die Statistik erfaßten Vereine reichen also zur Beurteilung der Verhältnisse völlig aus.

Zwangswirtschaft und Inflation hatten am Mark der Konsumgenossenschaften gezehrt, ihre Betriebsmittel verrichtet und ihre Leistungsfähigkeit stark herabgedrückt. Während Hunderttausende von genossenschaftlich Indifferenten ihnen um augenblicklicher Vorteile willen zugeströmt waren, standen weit mehr alte Mitglieder, verärgert durch zahlreiche unangenehme Erscheinungen, an denen die Genossenschaften ganz unschuldig waren, abseits. Die Ausfallsmitglieder kannten den Begriff „genossenschaftliche Treue" nicht und verschwanden bei erster Gelegenheit wieder, die alten Mitglieder verlernten die gute Eigenschaft und wurden gleichgültig.

So war das Bild, das die Aufnahme für das erste Vierteljahr 1924 zeigt, ein recht wenig befriedigendes. In 736 Vereinen mit 3,325,249 Mitgliedern ergab sich nur ein Umsatz von 107,831,239 ℳ. Das bedeute je Mitglied nur 32.45 ℳ oder wöchentlich nur die äußerlich geringe Summe von nicht ganz 2.50 ℳ. Das hätte zu den ernstesten Besorgnissen berechtigt, wenn nicht eben von der Mitgliederzahl große Mengen von Konjunkturmitgliedern abgerechnet werden müßten.

Die Hoffnung, daß es jäher, planmäßiger Arbeit gelingen werde, allmählich wieder geordnete Zustände herbeizuführen, erwies sich als begründet. Im zweiten Vierteljahr stieg der Umsatz bei 3,296,919 Mitgliedern auf 126,331,253 ℳ oder 38.33 ℳ je Mitglied, im dritten Vierteljahr — den Sommermonaten, wo das Geschäft abflaute, bei 3,348,180 Mitgliedern auf 137,786,101 ℳ oder 41.20 ℳ je Mitglied, im letzten Vierteljahr bei 3,389,065 Mitgliedern auf 166,875,397 ℳ oder 49.24 ℳ je Mitglied. Der Umsatz je Mitglied erhöhte sich also im Laufe des Jahres um rund 50 Prozent.

Am Schlusse des Jahres wurde dann eine Statistik aufgenommen, die alle Vereine umfaßte. Der Zentralverband zählte insgesamt 1175 angeschlossene Genossenschaften, von denen 1036 berichteten. Diese erzielten bei 3,444,218 Mitgliedern 548,741,184 ℳ Umsatz oder je Mitglied 159.32 ℳ.

Das sind absolut hohe Zahlen; relativ sind sie aber durchaus unzureichend. Im Jahre 1913/14, dem letzten Vorkriegsjahre, wurden bei 1,717,519 Mitgliedern 492,560,519 ℳ Umsatz oder je Mitglied 287 ℳ erzielt, also — wenn man die heutigen höheren Preise in Betracht zieht — mehr als doppelt soviel als im Jahre 1924.

Es ist also noch außerordentlich viel Arbeit zu leisten, wenn nur erst Verlorenes wiedergewonnen werden soll. Daß es an dem Willen und dem nötigen Eifer nicht fehlt, zeigt die im Jahre 1924 im Zentralverband entfaltete Werbearbeit. Allein in 280 Genossenschaften wurden 5729 Veranstaltungen zu Werbezwecken getroffen, an denen sich 2,610,824 Personen, darunter 1,318,715 Frauen und 158,051 Kinder, beteiligten — eine Leistung, wie sie bislang noch nie vollbracht wurde.

Hoffen wir, daß ihr Erfolg diese Bemühungen, die restlos fortgesetzt werden, belohnen möge.

Wie mans macht, ists falsch.

Der „Revolutionäre Lederarbeiter", das Organ der sogenannten Opposition, hat zwar seinen Namen geändert, indem er sich jetzt „Lederarbeiter-Stimme" nennt, seiner unrühmlichen Kampfesweise gegen alles, was nicht auf Moskau schwört, ist er aber treu geblieben. Jetzt hat es ihm der Anschluß des amerikanischen Schuhmacherverbandes an die „Internationale Vereinigung der Schuh- und Lederindustrie-Arbeiter" angetan. Noch auf dem Internationalen Kongreß in Dresden im September 1923 wurden dem internationalen Sekretär, Kollegen Simon, von den kommunistisch eingestellten Delegierten die bittersten Vorwürfe darüber gemacht, daß er angeblich nichts oder doch nicht genügend getan habe, um die amerikanische Organisation zum Anschluß an die Internationale Vereinigung zu veranlassen. Jetzt, nachdem der Anschluß erfolgt ist, spuckt man hintergrein Gift und Galle. Um der gesamten Kollegenschaft einmal zu zeigen, welche Kampfesweise man auf jener Seite beliebt, wollen wir den betreffenden Artikel der

„Lederarbeiter-Stimme" wörtlich zum Abdruck bringen. Derselbe lautet:

„Auch das wird nicht helfen.

Wir haben die vom Standpunkte der internationalen Gewerkschaftsbewegung der Lederarbeiter äußerst wichtige Nachricht erhalten, daß der amerikanische Schuhmacherverband in die Nürnberger Internationale Lederarbeitervereinigung eingetreten ist.

Diese Sache hat ihre Geschichte. Die amerikanischen Schuhmacher standen seit Beginn des Krieges mit der Internationale nicht in Verbindung. Nach Beendigung des Krieges kehrten sie trotz der inständigsten Bitten und lebhaftesten Bestrebungen der Amsterdamer in die Internationale Vereinigung nicht zurück, da auch die amerikanische Arbeitsföderation mit Gompers an der Spitze aus der Amsterdamer Internationale ausgetreten war. Um die hochvolutionärischen Yankees neuerlich in ihre Reihen zu bekommen, hatten die Amsterdamer alles Mögliche angestellt.

Simon schrieb ihnen Briefbriefe, fuhr selbst nach Amerika und verhandelte mit verschiedenen in Europa reisenden Amerikanern und nahm sich sogar den Engländer Bulton zu Hilfe; da man annahm, daß die Amerikaner wahrscheinlich den Ausschlag der anwandten Angelsachsen hören würden. Auf jedem Kongreß und auf jeder Konferenz wurde das „äußerste Bedauern" anläßlich der Ablösung der amerikanischen Brüder ausgesprochen. Im Anfang hatte das alles nichts genützt. Als aber jedoch sich die Amerikaner, wie es sich gehört, genügend gestraubt hatten, gaben sie nach, und ihr Eintritt in die Internationale wurde Tatsache.

Diese Tatsache an sich könnte nur erfreulich sein, da sie formell einen Schritt zur Einheit der internationalen Lederarbeiterbewegung bedeutet. Aber es handelt sich darum, daß dieser Anschluß nur formell ist. Tatsächlich bedeutet dieser Schritt das gerade Gegenteil, die Vertiefung der Zwietracht, die Verstärkung des Kampfes gegen die internationale Einheit.

Jeder ehrliche Arbeiter stellt sich unwillkürlich die Frage: warum hat das Internationale Sekretariat zwei Maße, eines für den Lederarbeiterverband der Union der VZR. und die anderen Verbände und ein anderes für den amerikanischen Verband? Warum können die revolutionären Verbände schon jahrelang ihre Aufnahme in die Internationale nicht durchsetzen, warum stellt man ihnen alle möglichen für diesen Eintritt unannehmbaren Bedingungen, und warum bittet man die reaktionären Amerikaner fast auf den Knien, einzutreten, und bettet von ihnen nicht einmal die Anerkennung des Hauptprinzipes des Klassenkampfes? Warum wirft man auf der einen Seite den im Kampf mit der Bourgeoisie gestählten tschechoslowakischen Verband hinaus, während man andererseits mit offenen Armen die Amerikaner aufnimmt, für welche sogar die Amsterdamer Internationale zu revolutionär ist?

Im Zusammenhange mit den Tatsachen, die das Verhalten Nürnbergs zu den revolutionären Arbeitern kennzeichnen, erscheint die ganze Geschichte mit der Aufnahme der Amerikaner in einem ganz anderen Lichte. Streben die Reformisten die Einheit an? Absolut nicht. Im Gegenteil: Sie suchen sich einen Helfershelfer im Kampfe gegen die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung. Sie stärken ihren rechten Flügel, um noch schärfer den linken Flügel angreifen zu können.

Wird ihnen dies gelingen? Wir sind überzeugt, daß dies nicht der Fall sein wird. In diesem Kampfe gegen die Einheit können die Amerikaner gerade so wenig helfen, wie die von den Reformisten bisher praktizierten Maschinationen geholfen haben. Dafür bürgt die nicht täglich, sondern stündlich zunehmende Sympathie der breiten Arbeitermassen für die Idee der Einheit des internationalen Proletariats."

Kollege Simon wird nicht wenig erstaunt sein, von kommunistischer Seite zu hören, welche Mühe er sich gegeben hat, die Amerikaner zum Anschluß an die Internationale Vereinigung zu bewegen, nachdem ihm von der gleichen Seite noch bis vor kurzem die gröbsten Vorwürfe gemacht wurden, daß er zur Erreichung dieses Zweckes nichts getan hätte. Er ist sogar selbst nach Amerika gereist usw. Wenn es nicht eine „Lederarbeiter-Stimme" geben würde, würde man so etwas gar nicht in Erfahrung bringen. Wenn es gestattet sein sollte, erlauben wir uns aber, festzustellen, daß Kollege Simon im Herbst 1910 in Amerika war und seitdem nicht mehr. Die damalige Amerikareise erfolgte auf Grund eines Beschlusses des Kölner Verbandstages und hatte nicht den Zweck, die Amerikaner zum Anschluß an die „Internationale Union" zu bewegen, denn dieselben waren damals bereits angeschlossen, sondern erfolgte zum Studium der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der amerikanischen Schuhindustrie. Doch was bedeuten für die „Lederarbeiter-Stimme" solche „Nebensächlichkeiten"! Man hat etwas von einer Amerikareise des Kollegen Simon gehört und weil jetzt die Sache gerade so schön paßt, wird sie in verdreheter Form zurechtgelegt, wobei ein Zeitraum von 16 Jahren keine Rolle spielen kann, denn: **„Der Zweck heiligt die Mittel!"**

Weiterhin wird in dem Artikel dreist die Behauptung aufgestellt, daß Internationalen Sekretariat wird bezüglich der Aufnahme von Verbänden in die Internationale Vereinigung nach zweierlei Maßstäben verfahren, indem man den „revolutionären" Verbänden unannehmbare Bedingungen stelle, während man die „reaktionären" Amerikaner fast auf den Knien bittet, einzutreten usw. Diese Behauptung ist eine bewußte Unwahrheit, da dem Artikelschreiber der „Lederarbeiter-Stimme" sehr wohl bekannt ist, daß die Aufnahmebedingungen für alle Verbände die gleichen sind, wie auf Seite 36 und 37 des Protokolls vom Internationalen Kongreß in Dresden nachgelesen werden kann. Dort ist auch hervorgehoben, welcher Teil der gestellten Bedingungen für „unannehmbar" betrachtet wird, während gerade dieser Teil von jedem, dem es mit einer fruchtbringenden und kollegialen Zusammenarbeit wirklich ernsthaft zu tun ist, als eine Selbstverständlichkeit betrachtet werden muß. Doch: **Wie man's macht, ist's falsch!"**

Im übrigen überlassen wir den Artikel der „Lederarbeiter-Stimme" der ruhigen Beurteilung unserer Kollegenschaft und werden es wohl nicht viele sein, die sich mit einer solchen Kampfesweise einverstanden erklären.

In der gleichen Nummer der „Lederarbeiter-Stimme" werden auch die kommunistischen „Siege" bei den diesjährigen Ortsverwaltungswahlen aufgeführt. Die Liste der angeführten Zahlstellen ist nicht gerade überwältigend und kommt dabei die „Unglückszahl" 13 heraus. Mehr überwältigend ist eigentlich die hierin zum Ausdruck kommende Bescheidenheit in bezug erzielter „Siege". Doch sehen wir uns genötigt, in diesen „Siegesfreudenbecher" etwas Wasser zu gießen.

So wird von der „Lederarbeiter-Stimme" berichtet, daß die Generalversammlung der Zahlstelle Stuttgart mit gleich 120 gegen 47 Stimmen eine kommunistische Leitung gewählt habe. Da dürfte doch ein „kleiner" Additionsfehler unterlaufen sein. Den 172 kommunistischen Stimmen standen 522 der anderen Seite gegenüber. Und wie war das Verhältnis bei der Abstimmung „für" oder „gegen" den dortigen Delegierten sie hoch wohl nicht zu ihren Anhängern werden zählen wollen? Derselbe erhielt von 1202 abgegebenen Stimmen 1104. So etwas wird verschämt verschwiegen, weil es eben gar nicht nach „Sieg" aussieht. Diese Berichterstattung über errungene kommunistische „Siege" liebt den „Siegesl"-berichten während des Weltkrieges doch verflucht ähnlich.

Auch bezüglich der anderen angeführten 12 Zahlstellen ist es keineswegs so, daß überall rein kommunistische Verwaltungen gewählt worden wären. Es sind doch auch Kollegen von der anderen Seite dabei, zum Teil sogar in der Mehrheit. Köstlich ist aber, daß auch die Zahlstelle Friedenhausen angeführt wird, wo angeblich ein kommunistischer „Sieg" errungen wurde, während feststeht, daß dort unerfindenhalber und bedauerlicherweise eine Wahl der Ortsverwaltung überhaupt noch nicht vorgenommen werden konnte, jedenfalls bei Erscheinen der letzten Nummer der „Lederarbeiter-Stimme" noch nicht vorgenommen war. So sehen die kommunistischen „Siege" aus!

Uebrigens ist es sehr bedauerlich, daß man sich auf kommunistischer Seite bei Besetzung der Verbandsvorstehaften sich immer noch davon leiten läßt, welcher politischen Partei der betreffende Kollege angehört, statt davon, ob der Betreffende gewillt und befähigt ist, im Interesse des Verbandes und der Mitglieder das ihm übertragene Amt auszuüben. mlx.

Arbeiterinnen-Rundschau

Militarismus.

Das ist eine lebendige, willenlose Maschine, aus unserem besten Mark, Blut und Knochen zusammengefügt und bestimmt, unsere besten Knochen zu zermalmen, unser bestes Blut zu vergeuden und uns unser bestes Mark auszupressen.

Die Gewaltigen ersehen den Plan an, nach denen die Bevorrechteten diese Maschine in Bewegung setzen. Der seßhafte Bürger liefert dazu sein Geld, das arbeitende Volk die Blüte seiner Jugend, den Rest seiner Gesundheit und seines freien Willens. Witwen und Waisen beseichnen das Ganze mit ihren Tränen.

Die Arbeit dieser Maschine ist Schrecken, Greuel, Verwüstung und Krieg! So viele Sterne am Firmament leuchten, so viele Sandkörner das Meer an seine Ufer spült, so viele Herzen hat der Krieg zerrissen, so viele Stützen hat er zerbrochen, so viele Lebensflammen erloschen.

So viele Tautropfen an den Gräsern hängen, so viele Tränen hat er der leidenden Menschheit erpreßt, und noch gar viele wird er erpressen, ehe er von der Weltgeschichte seinen blutigen Abschied nimmt!

Wilhelm Weitling,
Garantien der Harmonie und Freiheit.)

Die Organisation der Frauen in Kanada.

(J. G. B.) Der neugegründete kanadische Frauenbund — eine Zusammenfassung aller Arbeiterinnenorganisationen — erklärte als eines seiner wichtigsten Ziele die Durchführung des Achtstundentages und der 44stündigen Arbeitswoche und sprach sich für das Prinzip des gleichen Lohnes für gleiche Arbeit und Unfallentschädigung aus. Die neue Vereinigung will sich auch mit der Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Heimarbeiterinnen und Hausangestellten befassen. Der Bund erklärte sich ferner gegen die Beschäftigung von Frauen in gesundheitsschädlichen Berufen.

Die Organisation der Frauen in Oesterreich.

49 von den 57 Gewerkschaften Oesterreichs haben Frauen organisiert, nur acht zählen keine Frauen als Mitglieder. Von den 49 Gewerkschaften haben 14 eine Mehrheit von Frauen, 25 über 10 Prozent und der Rest unter 10 Prozent Frauen als Mitglieder. Die 14 Verbände mit Frauenmehrheiten sind: Advokatursangestellte, Buchbinder, Heilangestellte, Krankenpfleger, Kartonagenarbeiter, Kürschner, Lithographen (mit der Zigarettenhülsenindustrie), Schneider, Textilarbeiter, Blumen- und Schmuckfedernarbeiter, Buchdruckereihilfsarbeiter, Buchhandelsangestellte, Hutarbeiter (mit Modistinnen), Hausgehilfinnen. Zahlenmäßig die meisten Frauen weisen auf: Textilarbeiter (85,270), Metallarbeiter (25,084), Hotelangestellte (18,437), chemische Industrie (14,450), Lebensmittelindustrie (13,794). Fast nur Frauen haben die Blumenarbeiter und Hausgehilfen.

Die deutschen Konsumgenossenschaften.

Nach den Jahren der Inflationszerrüttung, die den deutschen Konsumgenossenschaften wohl viele geistig fremde „Konjunkturmitglieder" brachten, aber ihre wirkliche Sach- und Tatengrundlage geschwächt haben, beginnen diese wichtigen Arbeiterorganisationen sich zu erholen und gehen einem wirklichen, nicht mehr scheinbaren Aufstieg entgegen. Der Umsatz betrug pro Mitglied im

1. Vierteljahr	1924	. . . . .	32.45 ℳ
2. „	1924	. . . . .	38.36 „
3. „	1924	. . . . .	41.80 „
4. „	1924	. . . . .	49.24 „
im ganzen Jahr		. . . . .	161.24 ℳ

Das ist immer noch viel geringer als vor dem Kriege. Damals erreichte der Kopfumsatz trotz der billigen Preise 287 ℳ. Natürlich liegt dies zum Teil an der Verarmung des deutschen Proletariats nach dem Kriege und der Inflation; der Arbeiter verbraucht in Wirklichkeit weniger. Zum anderen Teil erklärt sich das aber auch durch die innere Unreife der einzelnen. Zwar ist die Zahl der Mitglieder (3,4 Millionen) heute genau doppelt so groß wie vor dem Kriege (1,7 Millionen). Aber die Inflationsjahre haben ja gezeigt, daß die Mitgliederzahl allein nicht viel beweist. Es muß also durch Verbearbeit das Verlorene wiedergewonnen werden. Allein 280 Vereine haben im vorigen Jahre 5700 Werbeveranstaltungen getroffen, an denen sich 2,6 Millionen Personen, darunter 1,2 Millionen Frauen und 140,000 Kinder, beteiligt haben. Allmählich wird sich auch der Erfolg zeigen, wie sich schon aus dem obigen Steigen der Umsatzziffern im Laufe des Jahres ergibt.

Handwerkerterror.

In Calbe (Saale) haben die Bäckermeister eine Mühle durch Drohung der Kundschaftentziehung gewungen, die seit Jahren betriebene Mehllieferung an den dortigen Konsumverein aufzugeben. Das gleiche Mittel wurde mit Erfolg gegen eine Mühle in Bernburg angewandt. Jetzt bezieht der Verein sein Mehl durch den Konsumverein Bernburg, besellen Lieferanten sich von den Bäckermeistern in Calbe nicht einschüchtern lassen. Die Ursache dieses terroristischen Vorgehens liegt in der Tatsache, daß die Konsumgenossenschaft Calbe gutes Brot um 5 ₰ billiger abgibt als die Innungsmeister.

Frauenerkrankung.

Bei dem Mangel an statistischem Material über die Frauenerwerbsarbeit und ihre Folgen ist die gründliche Durcharbeitung der Statistiken der rheinischen Krankenkassen im Jahre 1922 durch den Landesgewerbearzt Dr. Teleeb in Düsseldorf und die Veröffentlichung im „Reichsarbeitsblatt" ein dankenswertes Unternehmen. Den Schluß der jetzt abgeschlossenen Aufsatzreihe bildet eine Untersuchung der Erkrankungshäufigkeit der weiblichen Krankenkassenmitglieder. Fast in allen einzelnen Krankenkassen ist die Erkrankungshäufigkeit der Frauen höher, oft beträchtlich höher als die der Männer. Das Uebergewicht weiblicher Krankmeldungen konzentriert sich vollkommen auf Frauen im Alter von 20 bis 40 Jahren. In den anderen Altersgruppen überwiegen die Erkrankungen der Männer. Die Erkrankungshäufigkeit der Frauen zwischen 20 und 40 Jahren hängt mit der starken Beanspruchung ihrer Körperkräfte durch die Geschlechtsfunktion zusammen. Die Ueberlastung der Frauen durch Mutterschaft und Haushaltführung neben sehr oft gleichzeitiger Erwerbsarbeit überbietet das Maß ihrer körperlichen Widerstandsfähigkeit. In einzelnen Krankenkassen ist die Erkrankungszahl der Frauen dieser Altersstufe drei- bis viermal so hoch als die der Männer gleichen Alters. Es sind hauptsächlich Erschöpfungszustände, Blutarmut und Bleichsucht sowie Tuberkulose und Erkrankungen der Geschlechtsorgane, die zur Krankmeldung der erwerbstätigen Frauen führen.

Neue Pläne in der Wochenhilfe.

Der Reichsarbeitsminister hat einen neuen Gesetzentwurf fertiggestellt, der sich mit der Umgestaltung der Wochenhilfe der Krankenkassen befaßt. Bis jetzt gewährten die Krankenkassen für Wöchnerinnen ärztliche Hilfe und Arznei bei der Entbindung, ferner ein Wochengeld in Höhe des Krankengeldes, sowie für die Wöchnerinnen, die selbst stillten, ein Stillgeld und außerdem für die Kosten der Entbindung und bei Schwangerschaftsbeschwerden einen einmaligen Beitrag in Höhe von 25 ℳ. Rebtnische Leistungen wurden in der Familienwochenhilfe gewährt. Der neue Entwurf sieht hier erhebliche Verschlechterungen vor. Der Entbindungskostenbeitrag wird von 25 ℳ auf 80 ℳ erhöht. Dafür fällt aber das bisher gezahlte Stillgeld weg, außerdem wird das Wochengeld nicht mehr in Höhe des Krankengeldes, sondern nur noch in Höhe von drei Vierteln des Krankengeldes gezahlt. Die ärztliche Behandlung, falls sie bei der Entbindung oder bei Schwangerschaftsbeschwerden erforderlich wird, soll bleiben. Für die Familienwochenhilfe soll nur der Entbindungskostenbeitrag und die ärztliche Behandlung gewährt werden. Der Satzung der Krankenkassen bleibt es allerdings freigestellt, ob sie auch ein Wochengeld gewähren will. Das sind in ganz großen Zügen die Neuerungen, die der Entwurf für die Versicherten bringt. Für die Abrechnung der Krankenkassen untereinander sind ebenfalls Neuerungen vorgesehen, die hier weniger interessieren. Ob der Entwurf in dieser Gestalt Gesetz wird, hängt allerdings nicht vom Reichsarbeitsministerium, sondern vom Reichstage ab.

Bedenkliche Zahlen.

Aus Berliner Schulen stammen die folgenden Ziffern:

1919: 0,5 Prozent Tuberkulosekranke
1920: 1,2 Prozent Tuberkulosekranke
1921: 2,5 Prozent Tuberkulosekranke
1922: 3,2 Prozent Tuberkulosekranke

Schon 1922 gab es die sechs- bis siebensache Zahl tuberkulosekranker Kinder gegen 1914! Wer wird den Mut haben, die Zahlen von 1924 aufzustellen, da sich die Lebensverhältnisse rapid verschlechterten? — Gleichzeitig ersehen wir aus einer französischen Statistik, daß 80 Prozent der Erkrankungen von Kindern an Tuberkulose infolge Ansteckung durch zu enge Wohngelegenheit verschuldet sind. — Diese Zahlen allein schon bedeuten ein Heer rettungslos Verdammter! Wir haben zuerst daran zu lernen: die Pflicht zur Gesunderhaltung. Denn, im Verhältnis zu allem Siechtum dieser Zeit sind wir nur ein kleines Geschlecht wahrhaft gesunder Menschen.

Kinderarbeit.

Wie in dem letztjährigen Bericht der Thüringer Gewerbeinspektion mitgeteilt wird, wurden im Bezirk Gera 30,500 schulpflichtige Kinder befragt, ob sie irgendeiner Erwerbsarbeit nachgehen. 5118 Kinder, gleich 16,4 Prozent der Befragten, haben die Frage bejaht. Gegenüber einer gleichen Erhebung im Jahre 1920 ergibt sich ein Mehr an erwerbstätigen Schulkindern im Geraer Bezirk von 1434. In der Landwirtschaft arbeiten rund 1900, in der Hauswirtschaft 1700 und im Handel und Gewerbe 2000 Kinder, davon annähernd 700 bei der Herstellung von Hohlsaum- und Filetarbeiten (Heimarbeit). Zum großen Teile sind es die Heimarbeitriche und die als Heimarbeiter tätigen Eltern, die die Kinder beschäftigen. Von den erwerbstätigen Kindern waren 35 Prozent unter 10 oder 12 Jahren, 2,5 Prozent wurden bei verbotenen Arbeiten beschäftigt, 12 Prozent über die vorgeschriebene Zeit und 2 Prozent während der Nacht. Von 100 ärztlich untersuchten mit Filet- und Hohlsaumarbeiten beschäftigten Kindern hatten fünfzig Schulterblattverschiebungen, Schulterfenkung oder Wirbelsäulenverkrümmung, sechzehn Kinder flagten über schlechte Augen, fast alle über Kopfschmerzen bei andauernder Arbeit. Die Mädchen waren hierbei stärker als die Knaben belastet.

Wenn nichts geschieht, um derartigen Zuständen Einhalt zu gebieten, vor allem liegt es an der unzureichenden Bezahlung der erwachsenen Arbeitskräfte selbst, dann ist für die Volkskraft und Volksgesundheit das Schlimmste zu erwarten.

Eine wahre Geschichte.

Frau Professor Kehler stand in großer Toilette an der Haustür und verabschiedete sich von ihrem Mädchen für alles.

„Ich kann mich doch darauf verlassen, Leni, daß Sie alle Sachen rechtzeitig bedenken, ehe Sie sie zu Bett bringen?"

„Gewiß, gnädige Frau."

„Es wird heute etwas später werden, weil ich nach dem Theater noch mit meinen Verwandten zu Abend esse. Hüten Sie das Haus gut, Kinen."

„Gnädige Frau —"

„Ja, was noch?"

„Ich, dürfte ich wohl zu Bett gehen, wenn die Kinder schlafen? Ich bin heute so müde — am Waschtag —"

Frau Kehler machte ein sehr erstauntes Gesicht. „Zu Bett gehen? Wer soll mir denn die Haustür aufschließen? Sie wissen doch, daß mein Mann verreist ist."

„Ja, aber" — wandte Leni schüchtern ein, „ich dachte, wenn Frau Professor den Hausschlüssel mitnähme —"

„Den Schlüssel mitnehmen! Den schweren Schlüssel?! — Nein, danke. Dann noch kurzem Besinnen in wohlmeinendem, etwas sarkastischem Ton: „Na meinetwegen, Leni. Wenn Sie denn so schrecklich müde sind, legen Sie sich ins Bett, bis ich komme. Aber daß Sie mir aber nicht fest einschlafen. — Ich habe keine Lust, lange zu klingeln."

„Nein, ich will gewiß immer nach der Glocke hinhorchen. Meine Stubentüre lasse ich offen —"

Es wurde „König Heinrich der Sechste" gegeben. Aber in der Zwischenpause kam zufällig das Gespräch auf die Dienstboteninot.

„Das ganze Elend," sagte Frau Professor Kehler übergeist, „kommt von dem Mangel an mütterlichem Empfinden bei den Dienstherrinnen. Wer, wie ich, fünf eigene Kinder hat, kann schon eher die Gefühle einer Mutter verstehen, deren Tochter im fremden Hause dienen muß. Wie wenige Damen sorgen für die Gesundheit, für genügenden Schlaf ihrer Mädchen. Ich sagte noch eben, als ich fortging, zu unserer Leni: „Wenn Sie müde sind, gehen Sie ruhig zu Bett. — Gott, so ein junges Ding braucht ja noch Schlaf und man hat doch schließlich die moralische und soziale Pflicht — wenigstens ich!"

(„Hausangestellten-Zig.")

Urlaub und Reisen.

Die Zeit des Urlaubs kommt wieder heran. Es ist von medizinischer Seite immer wieder auf die Bedeutung hingewiesen worden, die eine Entfernung des Menschen aus der gewohnten Umgebung während des Urlaubs für die Erholung und Kräftigung des Körpers hat, oder leider sind die Heime, die für solche Zwecke nötig sind, nur vereinzelt vorhanden. Für die meisten kommt darum ein Verleben des Urlaubs in Erholungshäusern nicht in Betracht.

Viele haben aber Angehörige, bei denen sie die Ferien, fern von der Heimat, verleben können, doch da machen die hohen Eisenbahnfahrkosten den verheirateten Arbeitern und Angestellten, besonders wenn sie größere Familien haben, die Reise oft unmöglich. Mit Recht tritt darum auch der bayerische Landesgewerbearzt Dr. Koelsch vor einiger Zeit in der Zeitschrift für Schulgesundheitspflege und soziale Hygiene für eine soziale Gestaltung der Eisenbahntarife im Sinne des Urlaubs ein. „Es sind verbilligte Eisenbahntarife zu gewähren;" schreibt er, „die Verkehrsverwaltung darf sich solchen sozialhygienischen Notwendigkeiten nicht verschließen."

In Frankreich hat man diesen sozialen Schritt jetzt getan. Wie die „Verkehrstechnik" berichtet, werden dort für die Reise zwischen allen Bahnhöfen der sechs großen französischen Eisenbahnnetze für

Entfernungen von mindestens 300 Kilometern (für Hin- und Rückfahrt zusammen) Familienfahrkarten zu sehr erheblich ermäßigtem Preise ausgegeben. Dieser Preis beträgt für die ersten zwei Personen den vollen Fahrpreis, für die dritte den halben und für die vierte und weitere Personen ein Viertel des gewöhnlichen Fahrpreises. Drei Familienmitglieder müssen zusammenreisen; weitere Angehörige können für sich reisen. Für Reisen, die über 400 Kilometer hinausgehen, wird auf den Fahrpreis der 400 Kilometer übersteigenden Strecke noch eine weitere Ermäßigung gewährt, die 10 Prozent bei vier Personen beträgt. Die Karten gelten für die Zeit vom 15. Juni bis zum 5. November.

Es ist zu wünschen, daß eine derartige Berücksichtigung des Urlaubs in den Tarifen auch in Deutschland recht bald vorgenommen wird.

Die vereinzelten Sommersonderzüge, die nur die großen Reiselinien berücksichtigen, genügen nicht. Durch Familienkarten würde Tausende von Erwachsenen und Kindern die so nötige Erholung gegeben werden können, die ihnen bei den derzeitigen hohen Fahrpreisen heute unmöglich ist.

Gewerkschaften und Sport.

In Frankfurt a. M. findet vom 24. bis 28. Juli dieses Jahres die 1. Internationale Welt-Olympiade der Arbeiter-Sportverbände statt. Da ist es angebracht, einmal zu zeigen, wie der Gewerkschafter am Sport interessiert ist.

Die Bewegung für Sport- und Körperpflege hat während des Krieges, aber hauptsächlich in der Nachkriegszeit, einen ungeheuren Aufstieg genommen. Das hat seine Ursachen darin, daß die immer stärker werdende Industrialisierung großer Bevölkerungskreise diese Schichten zwingt, nach der einseitigen Fabrikarbeit in Sport und Turnen einen Ausgleich für den Körper zu schaffen. Andererseits hat der Kapitalismus die Bedeutung des Sportes und der Körperpflege erkannt und benutzt sie für seine Zwecke. Die besten Reserven für den bürgerlichen Militarismus bilden die bürgerlichen Sportorganisationen. Sie sind gleichzeitig politische Instrumente, um die Arbeiter vom politischen und gewerkschaftlichen Leben fernzuhalten.

Das Unternehmertum hat sich heute gedankt, die die Gründung von Fabriksportvereinen betreiben. Die Zahl dieser Kampfmittel des Kapitals gegen die Arbeiter wurde in der letzten Zeit sehr stark vermehrt und manche Fabriksportvereine sind derart ausgebaut worden, daß sie jetzt schon Abteilungen in vielen Dörfern haben, die 10 bis 30 Kilometer von der Fabrik entfernt sind.

Diesen Erscheinungen muß die gesamte organisierte Arbeiterschaft scharf entgegentreten. In allererster Linie sollten auch die Gewerkschaften dort, wo Fabriksportvereine schon bestehen oder entstehen sollen, in deutlicher Weise dagegen Stellung nehmen. Geschieht das nicht, dann wird man mancherorts in Bälde sehr trübe Erfahrungen machen.

Aber auch in Arbeitersportkreisen mühte man dieser neuen kapitalistischen Wucherung noch viel mehr Aufmerksamkeit schenken. Denn es ist naheliegend, daß die Kapitalisten das oben gekennzeichnete hinterlistige Mittel zur Bekämpfung der Arbeiterbewegung in allen Ländern immer mehr gebrauchen werden.

Die Sportbewegung ist zu einer Massenerscheinung geworden, die von uns aufmerksam beobachtet werden muß. Je stärker die Industrialisierung in einem Lande, um so höher stehen wir die Teilnahme am Sportleben. England und Amerika stehen dabei an der Spitze.

Die kapitalistischen Staaten subventionieren mit großen Geldmitteln diese Massenorganisation, die der Erhaltung des kapitalistischen Systems dient. Frankreich hat für eine bürgerliche Olympiade 1924 18 Millionen Franken gegeben, außerdem wurden noch besondere Briefmarken durch die Post für diese Olympiade ausgegeben.

In Deutschland umfaßt die bürgerliche Sportbewegung ungefähr 3½ Millionen Mitglieder, demgegenüber stehen bis jetzt etwa 1½ Millionen Mitglieder in den Arbeitersportverbänden. Diese Ziffern können auf jedes Land beliebig vermehrt werden, denn es ist sehr wahrscheinlich, daß ein großer Teil der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aktive Mitglieder der kapitalistischen Sportverbände sind.

Die bürgerliche Sportbewegung ist ein offener und versteckter Feind der Arbeiterbewegung. In Norwegen hat der bürgerliche Sportverband während des großen Streiks 1920 seine Mitglieder zu Streikbrecherarbeit mobilisiert. Der Vorsitzende des bürgerlichen Landesverbands ist einer der Hauptorganisatoren der faschistischen Organisationen in Norwegen. Der Faschismus, nutzt im allgemeinen den Sport für seine Zwecke aus. In Deutschland sind die bürgerlichen Sportorganisationen zu einem großen Teil militärische Deckorganisationen für den Faschismus.

Der bürgerliche Militarismus beherrscht zum größten Teil die Sportorganisationen. In Frankreich, Belgien und anderen Ländern haben die Kriegsministerien die Patronate über diese Organisationen. In Ungarn hat man als Ersatz der verbotenen Heeresdienste ein sogenanntes Sportdienstpflichtgesetz geschaffen, das auf diesem Wege die Militarisierung der Jugend ermöglicht.

In den letzten Jahren entwickelt sich, wie bemerkt, eine neue Form der Sportbewegung, die Betriebssportvereine. Hauptsächlich werden diese Vereine in der Großindustrie geschaffen. Die Industriellen, die die Initiative zur Schaffung dieser Vereine in der Hand haben, lassen sich dabei von rein kapitalistischen Interessen leiten. Die Hauptsache ist, die Arbeiter vom politischen und gewerkschaftlichen Leben fernzuhalten. Weiter kann er überschüssiges Kapital in eigenen Sportplätzen investieren und die Zinsen — erhöhte Produktivität seiner Arbeiter — unmittelbar seinem Betrieb zuführen. Die Arbeiter in den Betriebssportvereinen werden vollständig korrumpiert und zu Spitzeln des Unternehmertums gemacht. Die größte Ausbreitung dieser Betriebssportvereine haben wir in Amerika, England, Frankreich, Italien und Deutschland. Die gewerkschaftlichen Vertrauensleute haben diesen Betriebssportvereinen sehr viel Aufmerksamkeit zu widmen und zu versuchen, sie aus den Klauen des Unternehmers zu entreißen.

Es gibt sogar Fälle, wo bürgerliche Sportorganisationen ihren Mitgliedern direkt zur Pflicht gemacht haben, gegen die Gewerkschaften zu agitieren, so zum Beispiel die deutsche Turnerschaft in der Tschechoslowakei, die dort gleichsteht die Grundlage der zukünftigen faschistischen Bewegung bildet.

In erster Linie müssen die Gewerkschaften dafür sorgen, daß die Mitglieder der Gewerkschaften ihre Mitgliedschaft in den bürgerlichen Organisationen lösen. Die gewerkschaftlichen Vertrauensleute müssen in den Fabriken durch eine entsprechende Aufklärungsarbeit zeigen, daß der bürgerliche Sport dem Proletariat entgegengesetzte Interessen hat. Die kapitalistischen Betriebsvereine müssen kontrolliert werden und den betreffenden zentralen Arbeitersportverbänden angeschlossen werden. Die bürgerlichen Sportorganisationen müssen von den Gewerkschaftsverbänden bekämpft werden, die Gewerkschaftspresse muß die schädlichen Tendenzen des bürgerlichen Sportes aufdecken.

Besonders die Olympiade in Frankfurt a. M. bietet eine günstige Gelegenheit dafür! Ueberall muß für sie geworben werden, um der Welt zu zeigen, wie die Arbeiterschaft auch den Sport auf andere, bessere Grundlagen stellen will.

Fort mit der Technischen Nothilfe!

Die großen Gewerkschaftsverbände, die Leitungen der freien Gewerkschaften, der christlichen und der Hirsch-Dunckerschen Verbände haben die Frage der Technischen Nothilfe gemeinsam behandelt und nunmehr folgendes gemeinsame Schreiben an den Reichskanzler, das Reichsministerium des Innern, das Reichsarbeitsministerium, das Reichsfinanzministerium und die Fraktionen des Reichstages gerichtet:

„Die unterzeichneten gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen der Arbeiter und Angestellten richten an die Reichsregierung und insbesondere an das Reichsarbeitsministerium und das Reichsministerium des Innern das Ersuchen, die Auflösung der „Technischen Nothilfe" für den Ablauf des nächsten Etatsjahres vorzubereiten und die für das Rechnungsjahr 1925 anzufordernden Etatsmittel entsprechend zu kürzen.

Die Voraussetzungen, die zur Errichtung der Technischen Nothilfe führten, erachten die Gewerkschaften nicht mehr für gegeben. Insbesondere ist seit dem Eintritt stabilerer Wirtschaftszustände eine wesentliche Beruhigung unter der arbeitenden Bevölkerung eingegangen. Die tiefsehenden seelischen Erschütterungen weiter Volkskreise, als Folgeerscheinungen des verlorenen Weltkrieges, sind ebenfalls überwunden, und damit ist die Gefahr der Stillegung lebenswichtiger Betriebe durch politisch radikalisierte Volksteile fast unmöglich geworden. Die gewerkschaftliche Erziehungsarbeit in den letzten Jahren hat dazu beigetragen, daß die Arbeiter im Falle eines Streiks die Notarbeiten selbst ausführen. In den gewerkschaftlichen Satzungen sind für den Fall eines Streiks in gemeinnützigen Betrieben, d. h. solchen, die für die Lebensmöglichkeiten der Bevölkerung notwendig sind, Sicherungen für die Fortführung der Notarbeiten getroffen, die bereits Gemeingut der Gewerkschaftsmitglieder geworden sind.

Gegenüber diesen unbestreitbaren Feststellungen ist die Anforderung im Reichsetat für das Rechnungsjahr 1925 mit 3,687,000 ℳ und einem Mehrbetrag von 367,000 ℳ gegenüber dem Vorjahre nicht in Einklang zu bringen. Die Finanzlage des Reiches zwingt nach Ansicht der Regierung zu größter Sparsamkeit, die beim Etattitel „Technische Nothilfe" sehr wohl geübt werden kann, da seit 1919, dem Gründungsjahre der „Zeno", die wirtschaftliche und politische Lage des Reiches sich wesentlich gefestigt hat.

Wenn die Technische Nothilfe in den kritischen Jahren nach dem großen politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands als eine Staatsnotwendigkeit anerkannt worden ist, so ist sie doch bei ihrer Gründung bereits als eine vorübergehende Notenrichtung bezeichnet worden. Die Reichsregierung hat wiederholt und zuletzt durch den Herrn Reichsminister des Innern in der 305. Sitzung des Reichstages vom 22. Februar 1923 ausdrücklich betont, daß die Technische Nothilfe nicht als dauernde Einrichtung zu betrachten sei.

Seit jener Zeit sind die Bedingungen zur endgültigen Auflösung der Technischen Nothilfe wesentlich günstiger gestaltet. Vielfach haben die Arbeitgeber bei Lohnkämpfen die gewerkschaftlichen Notarbeiter zum Verlassen ihrer Betriebe aufgefordert und dafür den Einsatz der Technischen Nothilfe verlangt. Die Arbeitgeber erblicken bereits in diesen Einrichtungen eine Organisation zum Schutze ihrer Standesinteressen; sie werden in dieser Auffassung nur noch bestärkt, wenn die Regierung die staatlichen Mittel in noch größerem Umfange anfordert, statt den Abbau vorzubereiten.

In einem der ersten Aufrufe der Technischen Nothilfe heißt es: „Nichts für die Genießer- oder Profitjäger, alles nur für die Erhaltung der Arbeitsmöglichkeit eines gesunden deutschen Volkes."

Dieselben Grundsätze werden von den unterzeichneten Spitzenorganisationen anerkannt und praktisch geübt.

Mithin ist die Technische Nothilfe nunmehr entbehrlich und ihre Auflösung im staatspolitischen Interesse eine Notwendigkeit geworden."

Zwei Sudelschriften.

Die Unternehmer, das heißt diejenigen unter ihnen, die den Arbeitern und Angestellten am schroffsten gegenüberstehen, verwenden die Druckerschwärze in riesigen Mengen, um jegliche Sozialpolitik zu bekämpfen. Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände ist eine ganze Serie solcher Broschüren heraus. Andere Broschürenfexerien lassen sie unter anderem Namen erscheinen. So hat der zur Bekämpfung der Angestellten- und Arbeiterinteressen gegründete „Verlag der Deutschen wirtschaftspolitischen Gesellschaft" in Berlin zwei Broschüren herausgegeben. Die eine heißt: „Was die Arbeiter über das Washingtoner Abkommen und über den Achtstundentag nicht erfahren!", ihr Verfasser ist Robert Albert. Die andere Schrift führt den Titel „Arbeiterschaft und Erfüllungspolitik"; ihr Verfasser wird nicht genannt, er schreibt unter dem Pseudonym „Sozius". Die erstgenannte Broschüre versucht den Anschein zu erwecken, als sei die Auffassung eines Sozialdemokraten, die andere nennt sich „Betrachtungen eines alten Gewerkschafters". In Wirklichkeit ist keine von beiden sozialdemokratisch oder gewerkschaftlich. Die beiden Broschüren werden von niemand gekauft; die Unternehmer versenden sie aber unentgeltlich in großen Auflagen. Sie sind ja auch im Unternehmerinteresse geschrieben und im Unternehmerinteresse hergestellt.

Herr Robert Albert beginnt seine Broschüre mit folgendem ersten Absatz:

Einer ist auffallend für den, der durch seinen Beruf Veranlassung hat, täglich eine Anzahl Arbeiterblätter zu lesen. Es ist fast täglich darin vom Washingtoner Abkommen, aber niemals vom Friedensvertrag von Versailles die Rede. Es gibt Arbeiterblätter, deren Jahresbände man durchblättern kann, ohne eine einzige Zeile darüber zu finden, was der Friedensvertrag von Versailles für die Deutschen bedeutet. Ja, was noch schlimmer ist: es gibt Arbeiterblätter, die den Mut haben, gegen andere Blätter, die an die Lasten des Friedensvertrages erinnern, heftig zu polemisieren! Es gibt Arbeiterblätter, die von all den tausend Beschwernissen, Niederträchtigkeiten, Bedrängtheiten, Brutalitäten, mit denen der Friedensvertrag unser Land und Volk quält und peinigt, das ganze Jahr hindurch ihren Lesern nicht das geringste mitteilen!"

Kerger kann wohl niemand gegen die Arbeiter hetzen, als es der angebliche Sozialdemokrat Robert Albert tut. Herr Albert ist immer ein bloßer Heger gewesen. Er ist ein Nichtswisser, der bei ihr nichts anderes als hetzen konnte. Er hat früher in der Sozialdemokratischen Partei in Breslau eine Rolle gespielt, stand aber dort nicht in gutem Ansehen, weil er nicht Aufklärung in die Köpfe der Arbeiter trug, den Unternehmern auch nicht mit Argumenten entgegentreten konnte, sondern sich eben auf ganz niedrige Hetzereien beschränkte. Herr Albert wurde als sozialdemokratischer Schriftsteller wegen preßgesetzlichen Vergehens verurteilt. Er flüchtete deswegen nach der Schweiz, obwohl eine solche Flucht in den Augen der sozialdemokratischen Arbeiter als durchaus unehrenhaft galt. Während des Krieges kehrte er zurück und wurde zum Kriegshetzer. Er ist nun in das Lager der Unternehmer und gelben Arbeiter- und Angestelltenfeinde abgeschwenkt. Angesichts dieser Tatsachen braucht man sich mit seinem Geschreibsel wohl nicht weiter zu beschäftigen.

Die zweite Broschüre von „Sozius" sucht den „Köhlerglauben an unsere Rettung" durch die Internationale zu zerstören. Der Verfasser hat seinen Phrasenbrei geschrieben, um die Vorurteile und Phrasen zu beseitigen. Wenn man die Broschüre in der Hand gehabt hat, hat man unwillkürlich das Bedürfnis, sich die Hände zu waschen.

Amtliche Bekanntmachung des Zentraltarifamts für die Schuhindustrie

Nachtrag zur Tagesordnung.

7. Berufung des Bayerischen Schuhfabrikantenverbandes in Nürnberg gegen den Hauptverband der Schuhmacher Deutschlands. Urteil der V. K. Nürnberg vom 4. Mai 1925. (A. K. II 6-25.)

Berlin, den 26. Mai 1925.

gez. Dr. Gerlach, Vorsitzender.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Vom 31. Mai bis 6. Juni 1925 ist der 23. Beitrag fällig.

Haushaltungsstatistik.

Berichtsbogen 10 ist spätestens am 8. Juni an uns einzusenden. Für die Woche vom Sonntag, 7. Juni, bis Samstag, 13. Juni, ist der Bogen Nr. 11 auszufüllen.

Ausschlüsse aus dem Verbande

Auf Antrag der betreffenden Zahlstellen wurden in der Sitzung des Vorstandes vom 28. Mai die nachbezeichneten Mitglieder aus dem Verbande ausgeschlossen:

Auf Antrag der Zahlstelle Frankfurt a. M. die Mitglieder: Friedrich Becker, B.-Nr. 23.689; Georg Bernatzky, B.-Nr. 61.077; Robert Frischenschl, B.-Nr. 71.521; Julius Wertloff, B.-Nr. 109.611, und Heinrich Schröder, B.-Nr. 125.920, wegen unkollegialen Verhaltens und Schädigung der Verbandsinteressen auf Grund des § 8 Ziffer 2 Abs. d und e des Statuts.

Auf Antrag der Zahlstelle Offenbach a. M. die Mitglieder: Johann Betzel, B.-Nr. 78.606; Adam Brenner, B.-Nr. 31.783; August Zimmer, B.-Nr. 68.573; Rudolf Engelhardt, B.-Nr. 42.334; Friedrich Fisch, B.-Nr. 104.643; Emil Köhn, B.-Nr. 60.272; Karl Mayer, B.-Nr. 33.399; Simon Neumann, B.-Nr. 95.709; Ludwig Schäfer, B.-Nr. 123.045; Gustav Schütz, B.-Nr. 82.432 und Adolf Steinert, B.-Nr. 106.922 wegen unkollegialen Verhaltens und Schädigung der Verbandsinteressen auf Grund des § 8 Ziffer 2 Abs. d und e des Statuts.

Auf Antrag der Zahlstelle Karlsruhe das Mitglied Josef Behnke, B.-Nr. 14.061, eingetreten am 20. Januar 1919, wegen Betrugs und Unterschlagung auf Grund des § 8 Ziffer 2 Abs. c und d des Statuts.

Geschäftsstunden der Zahlstellen-Kassierer.

Auf Grund des § 6 Ziffer 1 des Statuts wird der Zahlstelle Meiningen bekanntgemacht, ab 28. Juni (27. Beitragswoche) in der 2., 3., 4. und 5. Beitragsklasse einen Kassierer von 10 Uhr ab zu erheben.

Die Mitglieder genannter Zahlstelle machen wir darauf aufmerksam, daß die Nichtbezahlung dieser Kassierer-Beiträge die Rechte des § 9 Abs. a des Statuts nach sich zieht.

Nürnberg, den 30. Mai 1925.

Der Vorstand.

Literatur.

Zur Frage der gewerkschaftlichen Organisationsform. Von Karl Zwing. Sonderdruck aus dem Gewerkschaftsarchiv, Juni 1925. Verlag Gewerkschafts-Archiv.

Anknüpfend an die Werbung von Aria Tarnow, des Mitgliedes der Kommission für die Umstellung auf Industrieverbände: „daß die Materie unendlich viel komplizierter sei, als die meisten Anhänger einer Organisationsreform annehmen", untersucht Karl Zwing den Industrieverbandsgedanken vom Standpunkte des Funktionswechsels aus, der in der Bewegung zum Teil Tatsache gefunden hat. Die Gewerkschaften müßten sich der angebenen Wirtschaftsproblematik anpassen. Eine gewerkschaftliche Größenverhältnisse aber vermeintliche Verhältnisse allein seien nicht ausschlaggebend. An der primitiven Vorbedingung nach dem Industrieverband liege zu viel Schwung und zu wenig Tiefenerfassung, es muß auf die Mannigfaltigkeit der Wirtschaftsformen Rücksicht genommen werden. Zwing warnt schließlich noch vor dem Mißbrauch des Wortes „Sozialismus", wie er von Tarnow verwendet wurde; den einzelnen Verbänden müsste höchste Entschlußkraft erwarten werden, um dadurch auch eine zeitgemäßere Entwicklung der Gewerkschaften zu ermöglichen.

Jüngste Arbeiterdichtung. Ausgewählt von Karl Broder. 96 Seiten, kart. 0,80 ℳ, Halbleinen geb. 1,50 ℳ, Halbleder 3.— ℳ. Berlin 1925. Arbeiterjugend-Verlag. Berlin SW. 61, Belle-Alliance-Platz 7/8.

Wir wollten längst daß der im Herz der proletarischen Jugendbewegung pochende, lodernde Geist nicht nur im dichterischen Wort der weithin bekannten Brüder, Barthel und Schönlank einen Ausdruck gefunden hatte, sondern daneben in einer Schar junger und jüngster Arbeiterdichter lebendiger Formung strebt. Karl Broder hat nun, mit heißer nach dichterischer Formung strebt. Karl Broder hat nun, mit dem Arbeiterjugend-Verlag verbündet, die treuer Eckarbt der Jugendbewegung, eine Auswahlsammlung ihrer Verse herausgegeben. Eine harte Arbeit für ihn; aus 1200 eingesandenen Poemen das dichterisch Beste und echtes Kennzeichnendste herauszusuchen! Das Büchlein wird, wie Broders lockendes Vorwort entschieden betont, wirbt und sein will, wie Broders lockendes Vorwort entschieden betont, wirbt und sein will, wie ein Dokument des Ernstes und der Tiefe sein, womit die junge vor allem Dokument des Ernstes und der Tiefe sein, womit die junge Arbeiterschaft um ein geistiges Leben ringt. Es wird nicht nur bei den Jugendkameraden, sondern auch von den Älteren unter uns mit Interesse aufgenommen werden.

Anzeigen

Maschinenzwicker und Schnittfräser

die möglichst auch noch an einigen anderen Maschinen arbeiten können werden sofort gesucht. Bei genügenden Kenntnissen später Vorarbeiterstellung. Angebote unter R 29 an die Expedition.

Alle Sorten Leder und Schäfte, sowie Gummi und sämtl. Bedarfsartikel kaufen Sie gut und billig bei

Heinrich Brenner, Lederhandlung G. m. b. H.

Ludwigsburg, Franzosenstraße 45

Leder im Ausschnitt. Versand nach auswärts gegen Nachnahme.

MODELL-WINKEL Reklamemarkel. Fachschriften zum Modellieren Selbstunterricht. Liste 9 kostenfrei.

H. Franke, Artern 17.

Schuhmacher-Gesellen

auf Schalen und Ablage gegen ohn dauernd gesucht. Nur zuverlässige arbeitsfreudige Kraft.

Mahemann, Berlin-Wilhelmsee

Straßburgstraße 77.

Wie werde ich Modelleur?

Dieses Ziel erreichen Sie am besten durch den Besuch der bekannten

Spezial-Modellfachschule

J. Kröner, Bamberg (Bayern).

Gründliche praktische Ausbildung

von Berufsmodelleuren der Schuh- und Schäfte-Fabrikation.

4 Modellgradiermaschinen verschiedener Systeme sowie sämtliche Maschinen, die zum Modellfach gehören, sind vorhanden.

Eintritt jeden 1. und 15. des Monats. Prima Referenzen. Prospekt gratis.

Moderne Pfennigmaschinen-Modellbau!

Die Krönersche Fachschule ist einzig in ihrer Art.

Heß-Werkzeuge

anerkannt bestes Qualitäts-Fabrikat

Spezialitäten:

Detaillierte Brennzange, Vertretungsapparat „Trumpf", Cutmaschinenmesser aus Hartleder, Absatzausschnittapparate, Fußnetzbremser „Mundus", Schweißfeder Messer, Karbonumbauschleifsteine, bestes Schleifmittel der Welt.

Preisliste über sämtliche Schuhmacherwerkzeuge u. Hilfsmaschinen gratis zu Diensten.

Richard Heß, Werkzeugfabrikation, Neustadt-Stuttgart.

E. Vögtle, Berlin N. 54

Lothringer Straße 83

Generalvertretung der Firma Johannes Lang Söhne, Lastleisten, für Berlin, Brandenburg, Pommern und Mecklenburg.

Sämtliche Vorrätige für Haus- u. Werkstatt-Arbeit.

Spez. Echt Schwedischer Kleber, Marke „Lachsch".

Alleinige Vertretung für Deutschland. — Schwedischer Hobelstahl Sommerzeit.

Druck: Fränkische Verlagsanstalt & Buchdruckerei G. m. b. H. Nürnberg. — Verlag: Hauptvorstand des Schuhmacher Deutschlands (A. Simon) Nürnberg, Gleißmühlstraße 1.